



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886 890

P/XII/195 - 27. August 1957

Einweise  
auf den Inhalt:

Begleitmusik zum Abrüstungsgespräch	S. 1
Finnland: Ohne Sozialdemokraten geht es nicht	S. 2
Sie wollen den ganzen Staat kaufen	S. 3
Eiserner Sportvorhang?	S. 5
Eine kostspielige Geschmacklosigkeit	S. 6
MDJ Erlar an den Präsidenten des Deutschen Familienverbandes	S. 7

## Remis in der "Politik der Stärke"

sp- Für die Rüstungsfachleute ist die Mitteilung aus Moskau, die Sowjetunion sei in der Lage, jeden Teil der Erde mit ferngesteuerten Raketen zu erreichen, keine Überraschung. Schon die kürzliche Ankündigung eines sowjetischen Marschalls, die Vereinigten Staaten werden auf ihrem eigenen Gebiet von den Folgen eines Krieges nicht verschont bleiben, liess aufhorchen. Das beruht natürlich auf Gegenseitigkeit.

Vor einigen Jahren verglich der bekannte amerikanische Journalist Walter Lippmann die Situation der beiden Weltmächte mit zwei Skorpionen, die sich in einer Flasche befinden und jederzeit in der Lage wären, sich gegenseitig den tödlichen Stich zu versetzen. Da die Skorpione wissen, was sie sich bei Strafe beiderseitigen Untergangs zufügen könnten, hüten sie sich, den tödlichen Stachel als Waffe zu benutzen. Sie sind zum Nebeneinanderleben verurteilt, so ungewöhnlich das auch für beide erscheinen mag. Auf die Politik bezogen besagt dies: Weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion, beide mächtige Geonspieler, sind in der Lage, es auf Situationen von Leben und Tod ankommen zu lassen. Der Selbsterhaltungstrieb gebietet beiden, Formen des Miteinandrauskommens zu finden, die den Krieg als ein Mittel der Politik ausschalten. Die sogenannte Politik der Stärke, die bisher einschachste und primitivste Methode, zwischenstaatliche Streitfragen zu erledigen, kann nicht mehr angewandt werden; sie wäre kollektiver Selbstmord.

Dazu neigen weder die Russen noch die Amerikaner. Nicht die Liebe zueinander, sondern das Wissen um die gegenseitige Todesnähe zwingt sie, am Faden der Abrüstungsgespräche weiterzuspinnen und ihn früher oder später zu einem Knoten zu verdichten. Das Remis in der Machtpolitik führt zwangsläufig auch zu einer Änderung der bisherigen Anschauungen und politische Methoden. Nicht allerorts wird dies jetzt schon zur Kenntnis genommen. In manchen Hauptstädten tut man immer noch so, als ob man im voratomaren Zeitalter lebte. In Washington und in Moskau ist man allerdings weiter. Dort kann man sich gegenseitig nichts mehr vormachen; dort weiss man - um im Bild Walter Lippmanns zu bleiben - dass man sich in der Lage von Skorpionen in der Flasche befindet, die den tödlichen Stachel nicht mehr verwenden dürfen. \* \* \*

27. August 1957

P/XII/195

Ohne Sozialdemokraten geht es nicht.

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

In Finnland beraten die fünf demokratischen Parteien gegenwärtig wegen einer Sanierung der Staatsfinanzen und einer Wiederherstellung des gestörten Wirtschaftsgleichgewichtes. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Tanner hat sich hierbei sehr stark für eine grosse Koalition aller demokratischen Parteien eingesetzt. Die Agrarier haben jedoch wenig Lust, mit ihren schärfsten Konkurrenten um die Bauernstimmen, den Konservativen, in einer Regierung zusammenzuarbeiten und die Auffassungen der einzelnen Parteien über die erforderlichen Massnahmen sind sehr verschieden. Die Verhandlungen werden auch dadurch erschwert, dass die Parteien wegen der nächstjährigen Reichstagswahlen wenig geneigt sind, den von ihnen vertretenen Bevölkerungsgruppen Opfer im allgemeinen Interesse zuzumuten.

Die Lage ist jedoch ernst. Die Staatskasse ist leer. Die Auszahlung des staatlichen Kinderbeitrages musste zum grössten Teile bereits aufgeschoben werden. Trotz günstiger Absatzverhältnisse auf den Weltmärkten hat das Entwicklungstempo der Industrie merkbar nachgelassen. Der Gedanke einer neuerlichen Abwertung der Finnmark gewinnt an Boden. Für den bevorstehenden Winter befürchtet man eine starke Arbeitslosigkeit, da die Waldarbeiten, die in anderen Jahren während der Wintermonate verrichtet wurden, heuer infolge der leicht verfügbaren Arbeitskräfte schon während der Sommermonate begonnen wurden.

Als Fagerholm vor einigen Monaten - damals als Chef einer sozialdemokratisch-agrarischen Koalitionsregierung - sich um eine Gesundung der Staatsfinanzen und des Arbeitsmarktes bemühte und dabei geltend machte, dass alle Bevölkerungsschichten hierzu beitragen müssten, fand er wenig Verständnis und wurde in der bürgerlichen Presse heftig angegriffen. Nach Fagerholms Demission bildeten die Agrarier mit den finnischen und den schwedischen Liberalen eine Minderheitsregierung. Der schwedische Liberale Kleinander, welcher einer der heftigsten Kritiker Fagerholms war, wurde Finanzminister und konnte nun seine eigenen Fähigkeiten unter Beweis stellen. Zur Auffüllung der Staatskasse wollte er vor allem das Gesetz über den staatlichen Kindergeldbeitrag wesentlich verschlechtern. Als seine Anträge vom Reichstage nicht geilligt wurden, zog sich seine Partei aus der Regierung zurück. Der neue Finanzminister, ein Agrarier, legte nun neue Vorschläge zur Überwindung der Kassenkrise vor. Sie bevorzugten eindeutig

die Agrarkreise mit ihren niedrigen Steuereinkünften und wurden allgemein abgelehnt. Seither wird zähe verhandelt.

Es erweist sich immer deutlicher, dass Finnland aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten nur dann einen Ausweg finden kann, wenn die grösste Partei des Landes, die Sozialdemokratie, in verantwortlicher Stellung an einer Lösung mitarbeitet. Eine einseitige Regelung auf Kosten der Lohn- und Gehalts-Empfänger ist aber dann undenkbar.

\* \* \*

### Sie wollen den ganzen Staat kaufen

H.B. Mit Beweisen in der Hand konnte die Oppositionspresse dem deutschen Wähler mitteilen, dass derjenige CDU-Kandidat, der gut placiert werden will, 50 000 DM springen lassen muss. Interessenten stopfen ihm diese Summe in die Tasche. Sie lassen es sicherlich nicht dabei bewenden. Ist so ein Kandidat einmal gewählt, wird sein Appetit noch grösser. Ein abgewandeltes Goethewort kennzeichnet diesen Typus: Wenn ich politisieren soll, verlang ich auch das Maul recht voll!

Aber der Abgeordnetenkauf ist nur die eine Seite der politischen Korruption, zu der sich ein Teil der Industrie und die CDU zusammengefunden haben. Mit Bündeln von Geldscheinen steuern sie dasselbe Ziel an, das der Totalitarismus mit dem Knüttel erreicht: die politische Entmündigung der Bevölkerung! Die Dutzende von Unternehmervollionen für die Wahlkassen der Kanzlerpartei bedeuten nicht weniger als einen riesenhaften Wählerkauf. Den Masseneinsatz moderner Propagandamittel, deren volksverdummende Wirkung nur durch ihre stümperhafte Anwendung gemildert wird, kann die CDU nur bewerkstelligen, weil sie den Finanzgewaltigen versprochen hat, die politische Macht auch in Zukunft für die Interessenten einzusetzen.

Ein neutraler Beobachter sieht die Sache so: "Die Parteien, so schreibt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in seinem Art. 21 vor, 'müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen'. Aber in Absatz 3 dieses Artikels heisst es schlicht: 'Das Nähere regeln Bundesgesetze' - und diese Gesetze sind bisher nicht zustande gekommen, solange die gegenwärtige Regierungskoalition sich an der Macht behauptet." Denn - es ist der Deutschlandkorrespondent der Züricher "Tat",

der das schreibt, - "denn die Parteien, die hinter Adenauer stehen, haben nicht das mindeste Interesse daran, diese verpflichtende Verfassungsvorschrift aus dem Papier in die Wirklichkeit zu übertragen: sie sind nun einmal zugleich jene Parteien, deren Finanzierung am undurchsichtigsten bleibt und die ihren Vorteil darin sehen, das Dunkel um die Herkunft ihrer Mittel so undurchdringlich wie möglich zu halten."

Verpflichtende Verfassungsvorschrift! Hier wird also die Frage gestreift, ob nicht die jahrelange Missachtung einer solchen Vorschrift durch die Regierung auf Verfassungsbruch hinausläuft! Die Schweizer Zeitung schätzt die Summen, die "von einzelnen Firmen und wirtschaftlichen Verbänden" in den Wahlkampf geworfen werden, auf "annähernd 40 Millionen". Sie zieht das Fazit, indem sie "demokratische Bedenken" anmeldet gegen "dieses ganze System, das die Parteien von der Subvention privater Interessengruppen abhängig macht" und das "diesen Gruppen damit einen beträchtlichen Einfluss auf die Politik der Parteien ... sichert."

Das ist richtig gesehen. Die Millionenkorruption stellt nicht nur eine Wahlverfälschung dar, sondern "ein ganzes System", das dem Geldsack die totale Macht ausliefert. Mit den Profiten aus der Adenauerzeit ist gewissen Managern aus Industrie und Finanz der Kamm geschwollen. Sie glauben jetzt, den ganzen Staat einfach aufkaufen zu können. Die steuerliche Abzugsfähigkeit der Parteispenden bewirkt, dass die Bestechungsgelder vom ganzen Volke aufgebracht werden müssen. Das macht den gigantischen Volksbetrug komplett.

Der Koblenzer Korruptionskandal ist eine heilbare Eitebeule. Die Interessentenmillionen zur Zementierung des Einparteiensystems aber sind eine Krebsgeschwulst, an der die Demokratie ersticken kann.

\* \* \*

Fort mit den verstaubten Zöpfen!

"... die Mittelschichten werden im dritten Bundestag ihren Kampf um gleiche Startbedingungen zu Ende kämpfen müssen. Was wollen da schon Neulinge ausrichten, wenn sie nicht wenigstens ihrer Lebensarbeit nach mit den entscheidenden Problemen vertraut und deshalb in der Lage sind, hier sachliche Arbeit zu leisten! Für die harmlosen Neulinge hätte der Steuerzahler für die nächste Legislaturperiode lediglich das Lehrgeld zu zahlen. Wollte er von ihnen bereits konstruktive Arbeit erwarten, so würden sie überfordert sein. Es wird im nächsten Bundestag vor allem darum gehen, eine neue unserer Zeit angemessene Wirtschaftsstruktur zu schaffen. Um das durchsetzen zu können, darf man nicht mit alten verstaubten Zöpfen herumlaufen, in Vorstellungen befangen sein, die einer abgelebten Zeit angehören. Hier muss man über handfestes modernes Wissen verfügen, wenn man den Mittelschichten den ihnen gebührenden Platz erkämpfen und sichern will."

### Starkmacherei um jeden Preis

K.J. Nun wissen wir es ganz genau, warum die Moskauer Fussballer kein Einreisevisum bekommen haben: die Angehörigen der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen sind dagegen. DU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner hat das Geheimnis gelüftet und schöne Worte vom "Takt" gesprochen, der es verbiete, den auf die Heimkehr ihrer Lieben Wartenden ein deutsch-sowjetisches Fussballtreffen zuzumuten.

Man entdeckt ihn spät, den "Takt". 1955, als es in der Sowjetunion noch die Kriegsgefangenenlager gab, war von ihm keine Rede: vor der Heimkehr der Zehntausend spielte mit Genehmigung der Bundesregierung die deutsche Fussball-Nationalmannschaft in Moskau. Vielleicht hat gerade diese Begegnung zu einem kleinen Teil mit dazu beigetragen, dass die Kriegsgefangenen nach Hause kamen. Glaubt man heute, dass die noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Zivilpersonen schneller heimkehren, wenn man die Spannungen verschärft? Die Verhandlungen in Moskau sind schon schwierig genug, und Herr Lehr wird nach dem Eigentor seiner Fussball-Politiker im Auswärtigen Amt nicht gerade freundlichere Gesichter auf der anderen Seite des Konferenztisches wiederfinden.

Es zeigt einen ausgesprochenen Mangel an Takt, wenn jetzt die CDU die Frage der zurückgehaltenen Deutschen in die Auseinandersetzung über die Visaverweigerung hereinzerrt. Offenbar glaubt man den letzten Ausweg aus einem politischen Skandal mit dem Druck aufs Gefühl finden zu können. Nach der albernen Ankündigung, die NATO anzurufen, nun auch noch diese Geschmacklosigkeit! Sie reiht sich würdig an die Engstirnigkeiten der letzten Monate.

Da hat man den sowjetischen Schauspielern des in Cannes preisgekrönten Films "Othello" den Besuch der Bundesrepublik verboten - da liess man den sowjetischen Zirkus nicht über die Grenze. Als die Sowjets zum Reiterturnier nach Aachen kommen wollten druckste das Auswärtige Amt solange mit der Einreise genehmigung herum, bis es zu spät war. Die Ungarn dürfen auch nicht mehr zu uns herein - obwohl sie im Juli gerade noch in letzter Minute die Genehmigung für die Teilnahme am Reutlinger Schwimmländerkampf erhielten.

"Denkt an Ungarn!" und "Denkt an die Zurückgehaltenen!" Eben, weil wir daran denken, darf man den Künstlern und Sportlern aus dem Ostblock das Erlebnis der freien Welt nicht verweigern. Politische Blindheit oder Provokation um jeden Preis? - das ist hier die Frage. Die Politik der Regierung wird immer unbegreiflicher, seitdem sie jetzt auch noch einen eisernen Sportvorhang herunterzieht.

"Denkt an Ungarn!"

(DP) An Tausenden von Litfaßsäulen und Anschlagtafeln hängt in diesen Tagen ein grossflächiges Plakat. Es zeigt die Silhouette einer Stadt mit brandrotem Nachthimmel und trägt folgenden Text:

Denkt an Ungarn: Seid wachsam! CDU

Von den zahlreichen Plakaten, die im Wahlkampf für die CDU werben, ist dies das geschmackloseste - eine kostspielige Geschmacklosigkeit übrigens, weil allein die Miete der Anschlagssäulen für dieses Plakat je Woche an die 200 000 DM beträgt.

Es verrät einen beklagenswerten Mangel an Takt, das Leid und tragische Schicksal eines anderen Volkes zum deutschen Wahlkampfslager zu machen. Was würden CDU und Auswärtiges Amt wohl zu Plakaten sagen, die andere erschütternde Vorgänge im Ausland zum Gegenstand der Wahlauseinandersetzung machten, etwa: "Denkt an Algerien" oder "Denkt an Ägypten"?

Das Ungarn-Plakat soll offensichtlich bezwecken, dem Wähler einzureden, die Politik der CDU - und nur diese - sei geeignet, dem deutschen Volk das Schicksal Ungarns zu ersparen. Darin liegt nicht nur eine Anmassung, sondern auch eine grobe Irreführung.

Wenn man aus der ungarischen Tragödie allgemeingültige Lehren ziehen will, so müsste die wichtigste Erkenntnis dahin lauten, dass politische Probleme heute nicht mehr mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Das politische Problem Ungarns liegt in der Frage beschlossen, welche Wege eingeschlagen werden müssen, um die Rote Armee zur Aufgabe ihrer Position an Donau und Theiss zu veranlassen. Dafür bieten sich zwei Möglichkeiten an: Gewalt und Drohung mit Gewalt - oder Verständigung.

Das Schicksal des ungarischen Volkes ist furchtbar. Aber niemand hat das Recht, das unsägliche Leid der mutigen ungarischen Freiheitskämpfer für seine parteiegoistischen und wahlpropagandistischen Ziele zu missbrauchen. Wenn man daran denkt, mit welcher hektischer Geschäftigkeit während des Aufstandes in Ungarn manche westliche Kreuzzugs-Politiker von sicheren Hört aus der Aufständischen Beifall klatschten, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie sie ihnen tatsächlich helfen könnten, muss man schamrot werden. Jedermann wusste, dass die brutale Intervention der Roten Armee der Versuch Moskaus war, die militärische Position der Sowjets auf dem Balkan um jeden Preis zu halten. Möglicherweise auch um den Preis eines dritten Weltkrieges. Moskau konnte das tun, weil zu gleicher Zeit englische und französische Bomber die militärische Intervention zweier westlicher Staaten - die NATO-Verbündeten Bonn - in Ägypten einleiteten.

Oder wollen die CDU-Propagandisten mit ihrem Plakat andeuten, dass die an Fest- und Feiertagen gehaltenen Freiheitsreden das Schicksal des ungarischen Volkes erleichtern werden? Dem ungarischen Volk kann nicht durch blutrünstige Plakate der CDU geholfen werden. Die tatsächliche Hilfe für Ungarn wird das Resultat einer Politik sein, die jenseits von der Drohung mit der Gewalt den Kreml zur Lockerung des eisernen Griffes auf die östlichen Satellitenstaaten bringt. Jeder Appell an die sogenannte Politik der Stärke wird das ungarische Volk und auch andere Völker jenseits des Eisernen Vorhangs in ein noch tieferes Unglück stürzen.

\* \* \*

Worauf es ankommt

Herrn  
F. U m s t a e t t e r  
Präsident des Deutschen  
Familienverbandes e.V.

M ü n c h e n

Ohmstr. 17

Sehr geehrter Herr Präsident Umstaetter!

Ihren Brief vom 25.v.Mts. kann ich zusammenfassend dahin beantworten, dass es wohl für die Beurteilung der Familienfreundlichkeit der Parteien nicht darauf ankommt, welche wohlmeinenden Erklärungen den Familienorganisationen jetzt vor der Bundestagswahl zugehen, sondern wie die Parteien in den entscheidenden Fragen im Bundestag abgestimmt haben. Wenn es auf die Erklärungen ankäme, wäre der Familienminister Würmeling von niemandem zu schlagen. Leider hat er in Bundestag gegen seine Forderung gestimmt, das Kindergeld schon vom zweiten Kinde an zu gewähren. Man muss aber Abgeordnete und Minister nicht nur danach beurteilen, was sie sagen, sondern was sie bei den Abstimmungen tun.

Und nun zu den einzelnen Fragen:

- 1.) In dem in Dortmund beschlossenen Regierungsprogramm einer künftigen sozialdemokratisch geführten Bundesregierung heisst es: "Der Familie sind die wirtschaftlichen Grundlagen und die Entfaltung ihrer Eigenverantwortung zu sichern. Deshalb dürfen Mütter vorschulpflichtiger oder schulpflichtiger Kinder nicht mehr durch wirtschaftliche Not gezwungen sein, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen... Der soziale Wohnungsbau soll einer besseren Versorgung der kaufkraftschwachen Bevölkerung mit gesunden, preiswerten und familiengerechten Wohnungen dienen. Dabei ist die Eigentumbildung besonders zu fördern. Voraussetzung für den sozialen Wohnungsbau sind die Bekämpfung der Bodenspekulation und die Bereitstellung billigen Baulandes.

Ausserdem enthält das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Fassung vom 24. Juli 1954 einen besonderen Abschnitt über die Familie, der Ihnen sicher bekannt ist.

- 2.) Die Gruppenselbsthilfe findet - wie jede Form genossenschaft-

